

Entwicklung des Zürcher Hochschulgebiets

Die kritische Stimme der Nachbarn

Universitätsquartier klingt gut – da läuft etwas, es hat viele junge Menschen, und es ist ein Ort, wo an der Zukunft gearbeitet wird. Doch für die Anwohner ist es manchmal eine schwierige Nachbarschaft. Die Quartiere wollen sich von der Entwicklung des Stadtgebiets nicht überrollen lassen. Ins Zentrum der Kritik rückt das geplante Hochhaus der Universität im Gloriarank.



Das Hochschulquartier mit dem markanten Turm der Universität, hier aufgenommen von der Kirche Fluntern, wird sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

STEFAN HOTZ

Seit Jahrzehnten belegen die beiden Hochschulen Wohnraum im Zürcher Universitätsquartier. Der Wunsch, diese Flächen ihrem früheren Zweck zurückzuführen, blieb lange unerhört. Als vor drei Jahren Kanton, Stadt, Universität, ETH und Unispital mit dem Masterplan 2014 die Diskussion über die Zukunft des Hochschulgebiets eröffneten, witterten die Quartiervereine eine Chance.

Mit einem Investitionsvolumen von über 4 Milliarden Franken und einem

Weiterentwicklung der Hochschulen samt dem Spital im Zentrum der Stadt, meldeten aber gegenüber der kantonsrätlichen Planungs- und Baukommission (KPB) einige Vorbehalte an.

Quartier trifft Kanton

Dabei liessen sie es nicht bewenden. «Normalerweise arbeiten wir mit der Stadt zusammen. Hier ist es uns gelungen, einen Gesprächskanal zum Kanton zu öffnen», sagt Bettina Uhlmann, die seit zwanzig Jahren dem Vorstand des Quartiervereins Oberstrass angehört, jenes Quartiers, das zwischen den Uni-standorten Zentrum und Irchel eingeklemmt ist, wie sie sagt. «Wir waren immer sehr bestimmt, aber höflich», umschreibt Uhlmann das Verhältnis zur Projektleitung für das Hochschulgebiet, die sich an diesen Gesprächspartner erst gewöhnen musste: «Wir werden anständig behandelt, man hat uns akzeptiert.»

Die fünf Vereine konnten ihre Kritik direkt in der Kommission vorbringen, auch das sei ein neuer und ungewöhnlicher Vorgang, der von grosser Sorgfalt zeuge, anerkennt Uhlmann. Deren Mitglieder seien überrascht gewesen, mit welcher Härte gekämpft werde. Die Quartiervertreter haben erreicht, dass die KPB das Geschäft nicht einfach abknickte. In den letzten Wochen tauschten sie sich mit den künftigen Nutzern an drei Roundtable-Gesprächen mit Vertretern der Stadt aus und erwarten nun, dass diese ihre Anliegen in der Steuerungsgruppe des Kantons vorbringt.

Die Quartiere haben einiges erreicht. Martin Schneider, Präsident des Quartiervereins Fluntern (siehe Interview), erwähnt die Forderung nach öffentlicher Zugänglichkeit der Erdgeschosse, die in den Gestaltungsplänen nun vorgesehen ist. Festgeschrieben ist dort auch die Rückführung von belegtem Wohnraum. In den letzten vierzig Jahren sei man aus-

ser mit der ETH in dieser Hinsicht fast nicht vorangekommen, sagt Uhlmann, nun liefen Gespräche zwischen Stadt und Universität über einen Vertrag für die Rückgabe von Wohnraum. Oberstrass hat überdies erreicht, dass der Haldenbachplatz aus dem Perimeter des Hochschulgebiets herausfiel – ein Etappensieg.

Schneider sagt, diese Fortschritte seien nicht allein den Quartiervereinen zu verdanken. Aber diese hätten zu Verbesserungen beigetragen. Schneider und Uhlmann betonen dies, da im Quar-

tier der Druck der Arbeitsgruppe besorgter Bürger gross ist, die mit ihrer radikalen Kritik an den Ausbauplänen mehr Aufmerksamkeit erhält. Die Arbeitsgruppe rufe laut, die geplanten Gebäude seien viel zu hoch, sagen die Vertreter der offiziellen Quartiervereine. Sie verpasse es aber, sich für effektive Verbesserungen einzusetzen. «Wir bringen uns konstruktiv ein, mit uns muss man reden», sagt Bettina Uhlmann.

Schneider nennt als Beispiel die Forderung nach der «fussläufigen Durch-

wegung»: Das neue Hochschulquartier solle für Fussgänger durchlässig sein: «Die Anwohner wollen nicht um die Institutionen herumgehen müssen.» Erreicht ist bereits, dass im Gestaltungsplan ein Durchgang zwischen dem künftigen Park um die Sternwarte und dem Spitalpark vorgesehen ist (siehe Karte). Nun will sich Schneider dafür einsetzen, dass auch vertikal ein Fussweg zwischen Gloriarank und Spitalpark entsteht. Für den Verkehr wünschen sich die Quartiervereine, dass er grossräumiger angeschaut



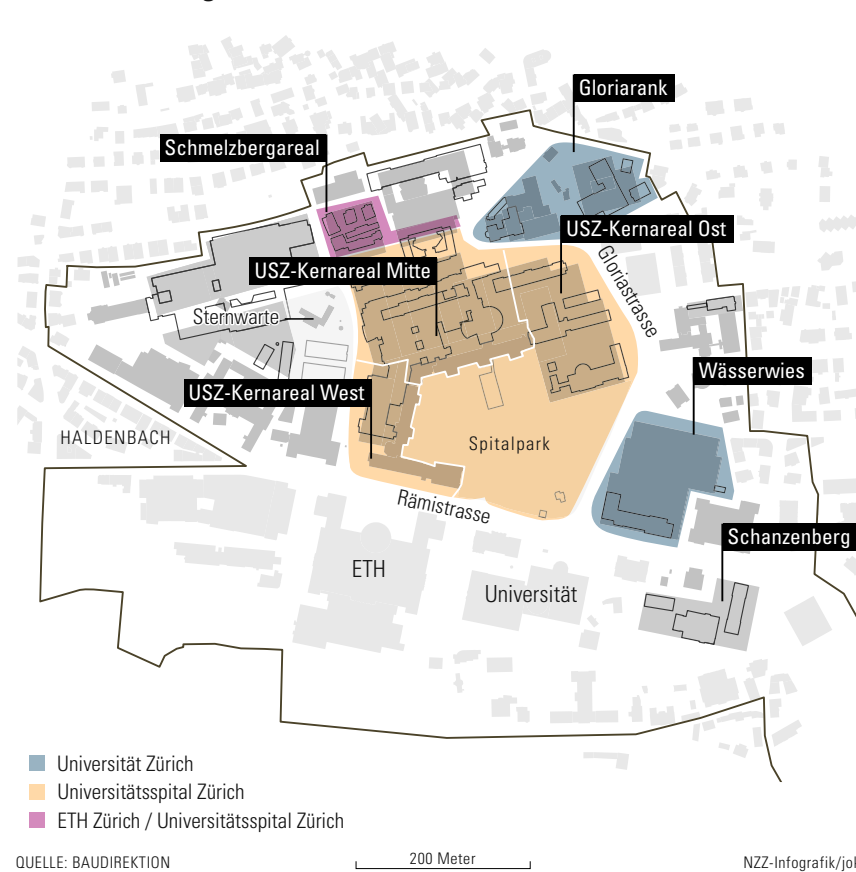
«Wir waren immer sehr bestimmt, aber höflich.»

Bettina Uhlmann
Präsidentin
des Quartiervereins
Oberstrass

Zeithorizont über 2040 hinaus ist der Ausdruck Generationenprojekt für einmal angebracht. In diesem Jahr fallen wichtige Entscheidungen. Bereits im März stimmte der Kantonsrat unerwartet klar dem für einen Ausbau nötigen Eintrag im Richtplan zu. Noch bis am Montag liegen die Gestaltungspläne öffentlich auf. Aufgrund der Einwendungen und der Resultate einer städtebaulichen Studie, die derzeit in Arbeit ist, wird die kantonale Baudirektion im Herbst erste Festlegungen vornehmen; sie bilden dann die Grundlage für die Architekturwettbewerbe.

Die Quartiere wollen vermeiden, überhört zu werden. Im Februar 2016 haben fünf Quartiervereine – Ober- und Unterstrass, Fluntern, Hottingen sowie Zürich 1 rechts der Limmat – eine gemeinsame Stellungnahme zum Richtplan abgegeben. Sie unterstützen die

Das Hochschulgebiet im Zürcher Stadtzentrum



QUELLE: BAUDIREKTION

200 Meter

NZZ-Infografik/jok

Versammlung mit Sprengkraft

tox. · Die Generalversammlung des Quartiervereins Fluntern vom Donnerstag verspricht Spannung. Der langjährige Präsident Martin Schneider wird von der Sprengkandidatin Katharina Hürlimann-Siebke herausgefordert, wie die Lokalzeitung «Flunterner» berichtet hat. Die Mitglieder des Quartiervereins werden am Donnerstagabend eine Richtungswahl treffen, denn Hürlimann steht für die Arbeitsgruppe besorgter Bürger, die ihr Ehemann Matthias Hürlimann mitgegründet hat. Diese Gruppe kann den Plänen des Kantons wenig abgewinnen und schlägt eine andere städtebauliche Lösung für die Erweiterung des Hochschulgebiets vor. Sie möchte das Spital an der Rämistrasse bauen und dafür das alte Kantonspsital der Architekten Haefeli Moser Steiger teilweise ersetzen.

Der Vorstand steht grossmehrheitlich hinter Schneider. Sollte Hürlimann am Donnerstag aber dennoch überraschend mehr Stimmen holen als der bisherige Präsident, hätten Spital und Hochschulen den Quartierverein wohl künftig gegen sich.



n 20 Jahren stark wandeln.

SIMON TANNER / NZZ

«Wir wollen den Zug nicht verpassen»

Der Quartiervereinspräsident von Fluntern setzt auf Argumente

Martin Schneider, Sind die Baupläne im Hochschulgebiet eigentlich Tagesgespräch in Fluntern?

Tagesgespräch nicht gerade, aber sie sind präsent. Den einen mehr, den anderen weniger. Die Leute wissen, dass vieles auf sie zukommt, doch was genau, ist in diesem langfristigen Projekt schwer zu erfassen, wenn man sich nicht sehr intensiv damit auseinandersetzt.

Wie ist der Grundtenor: positiv oder skeptisch?

Gegenüber den Erweiterungen der drei Institutionen an diesem Ort ist der Grundtenor positiv. Sehr viel und sehr laute Ablehnung hören wir primär zu den Gebäudehöhen.

Die «Arbeitsgruppe Besorgte Bürger Zürich» stellt das Projekt total infrage und schlägt eine städtebaulich andere Lösung vor. Wie stellt sich der Quartierverein zu dieser Grundsatzkritik?

Der gewählte Städtebau wurde von namhaften Fachleuten erarbeitet. Man hat dabei eine Abwägung gemacht zwischen dem Kulturgüterschutz und der Weiterentwicklung der drei beteiligten Institutionen. Das Resultat ist, dass der alte Spitalbau von Haefeli Moser Steiger erhalten werden soll. Gleichzeitig will man mit dem erweiterten Park eine «neue Mitte» des Hochschulquartiers schaffen. Dieser städtebauliche Entscheid ist für mich verständlich und vertretbar. Der Quartierverein will nicht an einer Grundsatzdiskussion klebenbleiben. Für uns zählt der aktuelle Projektstand. Dazu bringen wir uns ein. Wir wollen ja nicht den Zug verpassen.

Sie stehen als Quartiervereinspräsident einem Milliardenprojekt gegenüber. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass Sie echte Verbesserungen erreichen können?

Wir haben ja schon einiges erreicht: Beispielsweise wurde eine Fussgänger Verbindung vom Park der Sternwarte zum Spitalpark im Gestaltungsplan festgelegt. Ferner sind öffentliche Erdgeschossnutzungen vorgegeben sowie die Rück-



«Wir haben schon einiges erreicht.»

Martin Schneider
Präsident
des Quartiervereins
Fluntern

führung von heute durch die Hochschulen genutzten Wohnliegenschaften. Auch unsere Idee eines Informationszentrums in der alten Anatomie des Spitals wird umgesetzt. Diese Errungenschaften sind nicht einzig auf unsere Tätigkeit zurückzuführen, das ist uns bewusst. Aber ich kann sagen, dass die Zusammenarbeit mit den Institutionen und der Gesamtprojektleitung mittlerweile sehr gut und offen ist. Nun werden wir uns für die Reduktion der Gebäudehöhe im Gloriarank und beim Ersatzbau für die Frauenklinik einsetzen sowie für eine massvolle Höhe der Bauten der Wässerwies.

Wie wollen Sie erreichen, dass die Universität ihren Neubau im Gloriarank nicht so hoch baut wie jetzt vorgesehen?

Mit der Kraft der Argumente. Der Kantonsrat hat die Höhe des Unispitals ja auf 512 Meter über Meer beschränkt. So würde das Hochhaus im Gloriarank mit 510 Metern zu einem städtebaulichen Konkurrenten. Die identitätsstiftende «neue Mitte» würde so verwässert. Und mit der Uminterpretation der neuen Sternwartstrasse weg vom Boulevard hin zum kubisch stark gegliederten, rhythmischen Binnenraum wird der Höhenakzent in der Flucht der Sternwartstrasse obsolet.

Interview: tox.

Kind und Kegel auf das Velo packen und losfahren

Zürich und Winterthur fördern ein neues Verleihsystem mit E-Cargo-Velos

DANIEL FRITZSCHE

Tim Hartje strahlt. Der Betreiber des Szenelokals «Kafi für Dich» setzt sich auf das Lasten-Bike, das ihm zugeteilt worden ist. «Ich bin total happy!», sagt er und dreht ein paar Runden auf dem Turbinenplatz, wo die neuen Fahrzeuge am Dienstag vorgestellt wurden. Schwarz ist das überlange Velo; auf der Ladefläche zwischen Lenker und Vorderrad hätten zwei Kinder Platz – oder Einkaufstaschen, Blumentöpfe, Getränkeharasse. Kurz: alles bis zu einem Gewicht von 100 Kilogramm.

«Es ist genial», sagt Hartje. Dieses Gefährt – «Cargo Bike» im Jargon – hält er für die Zukunft der städtischen Mobilität. Als gebürtiger Holländer kennt er die «Bakfiets», wie sie in Amsterdam genannt werden, bestens. In seinem Betrieb ist eines bereits seit längerem im Einsatz. «Es ist ein grossartiges Gefühl, wenn man damit voll beladen an einer langen Autoschlange vorbeidüsen kann», sagt er.

Exot im Stadtbild

Hartje ist ein sogenannter «Host» im Projekt Carvelo2go. Als Gastgeber kümmert er sich um das ihm zugeteilte Fahrrad. Er lädt den Akku regelmässig auf und gibt den Schlüssel an Personen

ab, die das Bike über eine Internetplattform buchen. An 22 Standorten in der Stadt Zürich und acht Plätzen in Winterthur ist dies ab sofort möglich. Neben Quartierläden und Restaurants sind dies auch diverse Poststellen. Die Hosts selber dürfen das Gefährt zu bestimmten Zeiten für eigene Zwecke nutzen. Die Grundgebühr für die Ausleihe beträgt 5 Franken, danach kostet jede Stunde 2 Franken. Über Nacht kann man das Lastenvelo gratis benutzen.

Carvelo2go ist bereits in anderen grösseren Städten aktiv, in Bern seit 2015, in Basel seit 2016. Auch in St. Gallen, Vevey und Davos kann man die Fahrräder ausleihen. Lausanne, Baden und Luzern sollen folgen. «Wir werden unser Angebot bald verdoppeln», sagt Jörg Beckmann, Direktor der Mobilitätsakademie des TCS, der Initiatorin des Projekts. In naher Zukunft sollen 150 Fahrzeuge in der Schweiz verfügbar sein. Generell beobachtet er eine steigende Nachfrage, sagt Beckmann. Vor zehn Jahren sei er mit seinem Lastenrad noch ein absoluter Exot im Stadtbild gewesen; «eine echte Freakshow», wie er sagt. Mittlerweile habe sich dies geändert. Dies liege auch an der verbesserten Technik.

Alle Bikes, die Carvelo2go anbietet, sind mit einem Elektromotor ausgestattet. Damit lassen sich pro Akku-Ladung

50 bis 80 Kilometer zurücklegen. Ziel des Verleihsystems sei es auch, einen Beitrag für die Umwelt zu leisten, sagt Beckmann. Gemäss einer Befragung nutzten 40 Prozent der Kunden das E-Cargo-Velo für eine Fahrt, die sie sonst mit dem Auto erledigt hätten. Darum unterstützt auch das Bundesamt für Energie die Initiative. 46 Prozent der Fahrten mit dem Auto fänden heute auf einer Strecke von weniger als 5 Kilometern statt, sagt Christoph Schreyer, Leiter der Sektion Mobilität beim Bund. «Cargo-Velos können diese Fahrten ideal reduzieren.»

Künftig mit Dach?

Die Städte Zürich und Winterthur förderten das Projekt mit einer Anschubfinanzierung. Diese hält sich jedoch in Grenzen. 20 000 Franken hat Zürich zum Beispiel investiert. Der laufende Betrieb finanziert sich durch Kunden- und Sponsorengelder. Stadtrat Filippo Leutenegger aus Zürich und Stadträtin Barbara Günthard-Maier liessen es sich dennoch nicht nehmen, am Eröffnungskakt für das «Zukunftprojekt» die Werbetroddel zu rühren. Leutenegger wünschte sich einzig, dass die Fahrzeuge künftig mit einem Dach ausgestattet werden – damit sich auch die Schönwetterfahrer überzeugen lassen.

OBERGERICHT

45 000 Franken für den Verlust eines Auges

Freiheitsstrafe von fünf Jahren für 62-jährigen Mexikaner

tom. · Wie an jedem schönen Sonntag trafen sich auch am 2. August 2015 viele Lateinamerikaner auf der Wiese vor der Hafenanlage Riesbach in Zürich. Es wurde musiziert und geplaudert. Plötzlich glaubte ein Chilene wahrzunehmen, wie ein Mexikaner einem 4-jährigen Knaben eine Rassel wegnahm und ihm dafür eine geöffnete Bierdose in die Hand drückte. Der Chilene stellte den Mexikaner zur Rede. Es kam zu einem Streit. Der Chilene behauptet, dabei einen Faustschlag erhalten zu haben.

Der heute 62-jährige mexikanische Hauswart stellt sich auf den Standpunkt, der Knabe habe nur das Bier für ihn halten sollen, während er ihm erklärt habe, wie man richtig mit den Rasseln spiele. Das Bezirksgericht Zürich sprach den Mexikaner jedenfalls im September 2016 «in dubio pro reo» vom Vorwurf des Verabreichens gesundheitsgefährdender Stoffe frei. Auch der Faustschlag blieb ungeklärt, weshalb in diesem Punkt ebenfalls ein Freispruch erfolgte.

Angriff auf dem Heimweg

Diese Geschehnisse waren aber nur der Auslöser eines weit gravierenderen Vorfalles: Als sich der Chilene später auf den Heimweg begab, folgte ihm der Mexikaner. Laut Anklage stach er dem Chilene in der Feldeggstrasse mit einem Bambusstock ins linke Auge und zerstörte dieses dadurch. Das Bezirksgericht verurteilte den Mexikaner deshalb wegen schwerer Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. Es sprach dem heute 56-jährigen Chilene eine Genugtuung von 25 000 Franken zu.

Gegen das Urteil gingen alle Parteien in Berufung. Der Staatsanwalt beharrte auf seinem ursprünglichen Antrag von sechs Jahren. Das Opfer wollte eine Genugtuung von 65 000 Franken, und der Beschuldigte verlangte einen Freispruch. Auch vor Obergericht anerkannte er zwar den Stich mit dem Bambusstock. Er sei aber nicht Täter, sondern Opfer gewesen.

Er habe in Notwehr gehandelt. Er sei dem Chilene nur gefolgt, um mit ihm zu reden. Dieser habe ihm damit gedroht, ihn umzubringen, und etwas aus der Tasche genommen. Er habe geglaubt, es sei ein Messer. Da habe er den Chilene zur Abwehr ein einziges Mal mit seinem Gurt geschlagen. Der Chilene habe einen Pfefferspray aus der Tasche genommen und gegen ihn gesprüht.

Stockschlag in Notwehr?

Er habe nichts mehr gesehen, sei auf die Knie gegangen, habe im Gebüsch nach irgendetwas getastet und dabei den Bambusstock erwischt. Mit diesem habe er einmal blind gegen den Widersacher geschlagen. Dass er das Auge getroffen habe, habe er nicht gesehen. Der Verteidiger sagte, sein Mandant habe nur einen Angriff abgewehrt. Im Eventualfall plädierte er auf eine bedingte Freiheitsstrafe von höchstens zwanzig Monaten und eine Genugtuung von höchstens 10 000 Franken.

Das Obergericht erhöhte die Strafe aber auf fünf Jahre und die Genugtuung auf 45 000 Franken. Es sei sogar eine direkt vorsätzliche schwere Körperverletzung und nicht nur eine eventualvorsätzliche gewesen, wie die Vorinstanz befunden habe, sagte der Gerichtsvorsitzende. Die Aussagen des Mexikaners seien gespickt mit Ungereimtheiten und Ausflüchten, jene des Chilene seien hingegen glaubhaft. Der Stich in das «fraglos anvisierte Auge» sei mit erheblicher Intensität erfolgt. Das Motiv sei nicht vollends klar. Im Vordergrund stünden aber Kränkung und Rachegefühle. Das Obergericht kritisierte, dass die Vorinstanz dem Beschuldigten bei der Strafzumessung für das Geständnis eine volle Strafreduktion von 30 Prozent gewährt hatte. Es handle sich höchstens um ein Teilgeständnis, und von Einsicht und Reue könne keine Rede sein.

Urteil SB160403 vom 6. 6. 17, noch nicht rechtskräftig.

IN KÜRZE

Kurier mit über acht Kilo Haschisch verhaftet

scf. · Am Sonntagabend hat die Kantonspolizei am Flughafen Zürich einen 18-jährigen Dänen verhaftet. Dieser war von Kopenhagen nach Zürich geflogen und wollte weiter nach Brasilien reisen. Bei der Sicherheitskontrolle stellten die Polizisten in seinem Koffer einen verdächtigen Inhalt fest. Bei der Durchsuchung des Gepäckstückes kamen über acht Kilogramm Haschisch zum Vorschein. Laut einer Mitteilung wollte der Däne die Drogen in Südamerika verkaufen. Der Kurier wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

5000 Unterschriften gegen Streichung der Sozialhilfe

vö. · Gegen den Beschluss des Kantonsrats, vorläufig Aufgenommene nur noch nach den Ansätzen der Asylfürsorge zu unterstützen, hat das Komitee «Integrationsstopp – Nein» das Referendum ergriffen. Inzwischen haben es über 5000 Zürcherinnen und Zürcher unterzeichnet, wie das Komitee mitteilt. Am Donnerstag wird es die Unterschriften beim Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern einreichen.

Zürcher Vorschlag zur elektronischen Identität

vö. · Momentan ist eine Gesetzesvorlage zum elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) in der Vernehmlassung. Der Bund soll Identitätsdienstleister dafür zertifizieren, staatlich anerkannte elektronische Identitäten ausstellen. Die Zürcher Regierung schlägt nun vor, dass eine Trägerschaft aus Bund, Kantonen und Gemeinden bestimmen solle, wie die Schweizer E-ID zu gestalten sei. Entwickeln soll diese Grundlagen aber nicht der Staat. Die Software sei über eine Ausschreibung am Markt zu beschaffen, schreibt die Regierung. Der Vorschlag orientiert sich am elektronischen Patientendossier.

Weiterer Bericht Seite 13